

**Kaufkraft kleiner und mittlerer Einkommen durch sozial gerechte Entlastungsmaßnahmen erhalten**

Die derzeit stark anziehenden Verbraucherpreise werden sich absehbar nicht entspannen. Dieser Umstand macht, anschließend an das aktuell wirkende Entlastungspaket, mittelfristige Entlastungsmaßnahmen für kleine und mittlere Einkommen erforderlich. Die SPD Bremen-Stadt spricht sich dabei für folgende Maßnahmen aus:

1. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober 2022 ist ein verdienter Lohnsprung für Millionen Arbeitnehmer:innen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Verbraucherpreissteigerungen kann die nächste Erhöhung aber nicht erst 2024 erfolgen, wie seinerzeit vereinbart. Sie muss auf 2023 vorgezogen werden. Bei einer Orientierung an aktuellen Tarifabschlüssen durch die Mindestlohnkommission ist ein Mindestlohn von rund 13 Euro zu erwarten und angemessen. Ebenso ist die Mindestauszubildendenvergütung anzupassen.
2. Die Regelsätze sind noch in diesem Jahr an die gestiegenen Verbraucherpreise anzupassen. Der Satz für Stromkosten ist bereits vor den aktuellen Preissteigerungen strukturell zu niedrig gewesen und muss daher strukturell angehoben werden. Im Rahmen des Bezugs von Grundsicherung und Arbeitslosengeld II sollten zudem zeitnah Zuschüsse für den Austausch ineffizienter Elektrogeräte, insbesondere Durchlauferhitzer, gewährt werden. Gleiches ist für das BAföG und BAB erforderlich.
3. Wir bitten den Senat dafür zu sorgen, dass auch die Honorarsätze, wie z.B. für Lehrbeauftragte an Hochschulen oder Dozent\*innen bei Weiterbildungsträgern entsprechend erhöht werden.

4. Die steigende CO2-Steuer soll ab 2023 für ein sozial gestaffeltes Energiegeld verwendet werden. Davon sollen alle Haushalte profitieren, anders als beim einmaligen Energiegeld also auch Studierende und Rentner:innen.
5. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kindergrundsicherung ist eine gewaltige, dauerhafte Entlastung von Familien vor allem mit kleineren Einkommen. Sie muss zügig eingeführt werden.
6. Angesichts der Ankündigung der Vonovia, inflationsbedingt zusätzliche Mieterhöhungen vorzunehmen und der ohnehin außerordentlichen Belastung von Mietern und Mieterinnen, fordern wir ein Moratorium für Mietpreise. Dieses soll Mieterhöhungen für die kommenden 5 Jahre gesetzlich untersagen. Außerdem fordern wir ein dauerhaftes Verbot von Index-Mieten. Der Parteitag erinnert daran, dass ein durchschnittlicher Vonovia-Mieter schon heute 190 Euro seiner monatlichen Miete nur für die Dividende der Vonovia-Aktionäre aufwenden muss und die Vonovia daher mehr als genügend Spielraum für stabile Mieten besitzt.
7. Es sollen 2-3 geeignete Plattformen für Fahrgemeinschaften in Abstimmung mit den Arbeitnehmervertretungen, den Umlandgemeinden und dem Kommunalverbund bekannt gemacht werden. Außerdem soll darauf hingewirkt werden, dass auch Arbeitgeber\*innen Fahrgemeinschaften (z.B.: durch bevorrechtigtes Parken auf dem Betriebsgelände) auf geeignete Weise unterstützen. Dadurch können Pendler\*innen ihre Fahrtkosten deutlich reduzieren und gleichzeitig einen Beitrag zur Energieeinsparung leisten.
8. Der Andrang auf das 9-Euro-Ticket belegt, dass ein günstigerer Nah- und Regionalverkehr von den Menschen massiv nachgefragt wird. Für das 9-Euro-Ticket muss eine Anschlusslösung von Bund und Ländern gefunden werden. Der Bund kann durch eine Übernahme der Kosten für die Ticketpreissenkung Kapazitäten

bei den Ländern für einen Angebotsausbau freisetzen, wie wir ihn für Bremen mit dem Bremen-Ticket (fahrtscheinfreier Nahverkehr für Bremen) vorschlagen. In der Übergangszeit kann ein bundesweites 365-Euro-Jahresticket, wie von der SPD-Bürgerschaftsfraktion vorgeschlagen, dazu beitragen, dass Menschen sich langfristiger an die öffentlichen Verkehrsmittel binden.

55

9. Es ist auf Maßnahmen zu verzichten, die trotz hohen Mittelaufwands hohe Einkommen überproportional begünstigen oder von Unternehmen aufgrund ihrer Marktmacht nicht weitergegeben werden. Dazu zählt der aus unserer Sicht gescheiterte Tankrabatt ebenso wie die Erhöhung von persönlichen Steuerfreibeträgen, von denen hohe Einkommen am stärksten profitieren. Entlastungen bei direkten Steuern auf Grundbedarfe (z.B. ein Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Hygieneartikel) ebenso wie Direktzahlungen entlasten gezielter kleine und mittlere Einkommen. So erhöht etwa ein Kinderbonus direkt die Kaufkraft von Familien mit kleinen und mittleren Einkommen, während von einer Erhöhung des Kinderfreibetrages Familien mit hohen Einkommen am stärksten profitieren.

60

65

10. Die Bremer Wohnbehörde muss die pünktliche Auszahlung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld für heutige Empfänger:innen ebenso wie für Antragsteller:innen sicherstellen, die noch auf einen Bescheid warten. Die Behörde muss den Bearbeitungsrückstand abbauen und nötigenfalls rückwirkende Zahlungen vornehmen, damit niemand aufgrund des Bearbeitungsrückstandes leer ausgeht.

70

11. Die Preissteigerungen im Energiesektor kann nicht nur durch Kompensationen aus dem Steuertopf, sondern muss auch durch Regulierung der Energielieferanten aufgefangen werden. Wir unterstützen die Forderung der IG Metall nach einem Preisdeckel auf Heizgas für den Basisverbrauch von Haushalten. Am Kraft-

75

stoffmarkt ist unübersehbar, dass der Wettbewerb derzeit nicht funktioniert. Das Bundeskartellamt muss diesen durch geeignete Maßnahmen wiederherstellen, für eine Übergangszeit kann eine staatliche Preisdeckelung von Kraftstoffen in Abhängigkeit vom jeweils aktuellen Weltmarktpreis für sofortige Linderung sorgen.

80

12. Zum Schutz vor explodierenden Nebenkosten fordern wir ein Kündigungsverbot aufgrund von Nachzahlungsforderungen, sowie ein befristetes Aussetzen der Umlagefähigkeit von Dienstleistungen im Auftrag des Vermieters.

85

13. Der Parteitag unterstützt Forderungen nach Einführung einer Übergewinnsteuer in Deutschland. Zur Linderung der Preissteigerung wendet der Staat Milliarden auf, gleichzeitig werden in einzelnen Branchen leistungslose kriegsbedingte Zufallsgewinne eingefahren werden. Es ist ein Gebot der Leistungsgerechtigkeit, dass diese Übergewinne gesondert besteuert werden, um die Finanzierung von Entlastungsmaßnahmen für diejenigen zu ermöglichen, die nicht von Krisengewinnen profitieren, sondern an Krisenverlusten leiden.

90

14. Eine Anhebung des Leitzinsniveaus ist aktuell keine geeignete Maßnahme zur Inflationsbekämpfung. Ursache der Preissteigerungen sind Störungen in den weltwirtschaftlichen Abläufen und nicht etwa eine überhitzte Konjunktur. In der aktuellen wirtschaftlichen Lage würde eine drastische Leitzinsanhebung Europa in eine Rezession führen und die Kaufkraft der Beschäftigten durch steigende Arbeitslosigkeit schädigen.

95

15. Von den steigenden Preisen für fossile Energien werden Verbraucher:innen auch deshalb so hart getroffen, weil der Ausbau der erneuerbaren Energien zu langsam vorankam. Die Bundesregierung und – soweit es die Landesbauordnung sowie die Durchführung von Genehmigungsverfahren betrifft auch der Senat und die Bürgerschaft – mögen zügig Verfahrensvereinfachungen für den

100

105 Ausbau von Windenergie an Land und auf See, von Photovoltaik, von Nah- und  
Fernwärmenetzen voranbringen. Da auch der Fachkräftemangel den Ausbau  
bremst, müssen Bund und Land eine Qualifizierungsoffensive auflegen, wie sie  
etwa der UB-Parteitag in seinem Beschluss vom April 2022 näher vorgeschlagen  
hat.

110 16. Steigende Löhne sind das Instrument um steigende Preise zu kompensieren.  
Deswegen müssen wir politisch auf höhere Tarifabschlüsse hinarbeiten und die-  
se nicht verhindern.